

II- 1334 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesBUNDESMINISTERIUM
FÜRXIV. Gesetzgebungsperiode
WIEN,

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl. 508.02.02/29-II.1/76

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum
Nationalrat Dr.Karasek, Dr.Gruher u. Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegen-
heiten, betreffend widersprüchliche Vorschläge
österreichischer Regierungsmitglieder bezüglich
internationaler Konferenzen (Zl. 656/J-NR/1976)

614 /AB

1976 -09- 03

zu 656/J

An die

Parlamentsdirektion

W i e n

Nach der dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegen-
heiten am 15.Juli d.J. zugekommenen Note der Parlamentsdirektion
Zl. 656/J-NR/1976 vom 13.Juli 1976 haben die Abgeordneten zum
Nationalrat Dr.Karasek, Dr.Gruher und Genossen am 13.Juli 1976
eine

A n f r a g e

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend
widersprüchliche Vorschläge österreichischer Regierungsmitglieder
bezüglich internationaler Konferenzen überreicht.

Ich beehre mich, diese Anfrage gemäß § 91 Absatz 4 des
Geschäftsordnungsgesetzes 1975, BGBl.Nr. 410, wie folgt zu
beantworten:

Ad 1) und 2):

Während seines offiziellen Besuches in Frankreich hat der
Herr Bundeskanzler auch seinen französischen Gesprächspartnern
gegenüber seine bereits vor der Beratenden Versammlung des Europa-
rates am 5.Mai 1976 geäußerte Anregung dargelegt. Dieser Anregung
zufolge sollte nach den im heurigen Jahr erfolgten Wahlen in meh-
reren demokratischen Staaten (Italien, Schweden, BRD, USA) eine
Begegnung auf möglichst hoher Ebene von Vertretern der pluralistisch-
demokratischen Staaten Europas sowie allenfalls auch Nordamerikas
zu einem Meinungsaustausch in Erwägung gezogen werden, wobei vor
allem folgende Themen zu erörtern wären: Die weitere Entwicklung
der Entspannungspolitik, der Nord-Süddialog und die in Belgrad
vorgesehene Konferenz betreffend die Schlußakte von

-2-

Helsinki. Die Verwirklichung einer solchen Anregung würde es ermöglichen, dass zwischen diesen Persönlichkeiten eine über den Kreis der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft hinausgehende Aussprache über die derzeit wichtigsten Fragen zur Sicherung des Weltfriedens erfolgt. Es entspräche auch den Bestrebungen der österreichischen Aussenpolitik, dadurch eine vermehrte Zusammenarbeit der Europaratsmitglieder herbeizuführen, soweit das mit der österreichischen Neutralität vereinbar ist.

Ad 3):

Aufgrund der fortschreitenden und u.a. im Tindemans-Bericht anvisierten verstärkten Integration der "Neun" sowie der besonderen, entweder bereits bestehenden oder noch zu erwartenden Vereinbarungen betreffend die wirtschaftlichen Beziehungen der EG zu einigen Drittstaaten zeichnen sich Tendenzen ab, die eine stärkere Kluft innerhalb des pluralistisch-demokratischen Europas bewirken und aus denen für Österreich insbesondere ernsthafte wirtschaftliche Nachteile erwachsen könnten. Ich habe daher u.a. in einem Vortrag vor der Österreichisch-Schweizerischen Handelskammer in Zürich am 30.4.1976 folgendes ausgeführt:

"Bei einer durchaus wünschenswerten fortschreitenden Integration innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, etwa in Richtung der Anregung des Tindemans-Berichtes oder der Schaffung einer Europäischen Union wird es für Österreich und wohl auch für andere EFTA-Staaten notwendig sein, Überlegungen anzustellen, was allenfalls zu unternehmen sein wird, um zu verhindern, dass innerhalb des pluralistisch-demokratischen Europas die Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sein können, allzu sehr an die Peripherie der europäischen Einigungsvorgänge geraten."

Diese Gedankengänge wurden auch bilateral mit massgebenden Vertretern einiger EFTA-Staaten erörtert, wobei festgestellt werden konnte, dass in diesen Staaten gleichartige Überlegungen angestellt wurden und eine Aussprache hierüber allgemein begrüsst werden würde.

./.

-3-

Am 3. Juni 1976 regte daher in diesem Sinne die österreichische Delegation unter Führung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie bei der EFTA-Ministerratstagung in Genf die Abhaltung einer "Gipfelkonferenz" der EFTA-Staaten in naher Zukunft an.

Eine solche Konferenz sollte einer Aussprache u.a. darüber dienen, ob und gegebenenfalls auf welchen Gebieten und in welcher Weise die EFTA-Staaten zielführend dahin wirken könnten, eine verstärkte Zusammenarbeit mit den EG herbeizuführen, wirtschaftliche Nachteile aus Freihandels- oder Assoziierungsabkommen der EG mit Drittstaaten zu beseitigen sowie die Zusammenarbeit innerhalb der EFTA zu verstärken und allenfalls zu erweitern.

Ad 4):

Wie sich aus den vorstehenden Ausführungen ergibt, verfolgen die beiden Vorschläge verschiedene Ziele, wobei sich ihr mehr oder weniger zeitliches Zusammenfallen aus den gegenwärtigen aussenpolitischen und wirtschaftlichen Vorgängen in Europa und in der Welt ergibt.

Wien, am 26. August 1976

Der Bundesminister
für
Auswärtige Angelegenheiten:

